GÖD FORUM

Wichtiger Hinweis

Ändert sich Ihre Adresse demnächst, haben Sie ein fehlerhaftes Exemplar erhalten, oder haben Sie sonstige Reklamationen?

Dann informieren Sie uns bitte!
(Adresse siehe GÖD Hauptstadtbüro Berlin)

Hier hilft man Ihnen weiter!

GÖD Geschäftsstellen und Ansprechpartner:

Bundesgeschäftsstelle
Pelkovenstraße 51, 80992 München
Tel. 0 89 / 53 25 50
Fax 0 89 / 53 65 29
e-Mail: info@goed-online.de
Ansprechpartner: Raymund Kandler

Hauptstadtbüro Berlin
Obentrautstraße 57, 10963 Berlin
Tel. 0 30 / 21 02 17-33
Fax 0 30 / 21 02 17-40
e-Mail: Hauptstadtbuero@goed-online.de
Ansprechpartner: Wolfgang Schneider
Inge Dietrich, Marion Schöne

Landesverband Baden-Württemberg
Postfach 700151, 70571 Stuttgart
Tel. 07 11 / 90 72 26 52
e-Mail: info@goed-bw.de
Ansprechpartner: Wolfgang Feil

Landesverband Bayern
Pelkovenstraße 51, 80992 München
Tel. 0 89 / 53 25 50
Fax 0 89 / 53 65 29
e-Mail: goed-bayern@t-online.de
Ansprechpartner: Raymund Kandler

Regionalverband Ost
(Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)
Obentrautstraße 57, 10963 Berlin
Tel. 0 39 33 / 21 11
Fax 0 39 33 / 21 11
e-Mail: l.dreyer@cgb.info
Ansprechpartnerin: Lydia Dreyer

Landesverband Nordwest
Ansprechpartner: Uwe Erlach
Im Weiler 2, 53123 Bonn
Tel. 01 57 / 57 31 67 71
e-Mail: info@goed-online.de

Regionalverband Südwest
(Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)
Ursulinenstraße 63 a,
66111 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 9 27 28 30
Fax 06 81 / 9 27 28 33
e-Mail: cgb-saar@t-online.de

für das Saarland und den Regionalverband
Ansprechpartner: Herbert Fontaine

für Hessen
Ansprechpartner: Manfred März
Friedrich-Ebert-Siedlung 12,
61381 Friedrichsdorf
Tel. 0 61 72 / 77 82 33
Mobil 01 73 / 68 92 837
e-Mail: manfred.maerz@yahoo.de

für Rheinland-Pfalz
Ansprechpartner: Matthias Antoni
Im Weiherfeld 1b
66892 Bruchmühlbach-Miesau
Tel. 0 63 72 / 99 31 45
Fax 0 63 72 / 99 31 46
e-Mail: matthias@matthias-antoni.de

Regionalverband Küste
(Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, die Hansestädte Hamburg und Bremen)
Westerfeld 8, 25864 Löwenstedt
Tel. 0 46 73 / 567
Fax 0 46 73 / 9 62 425
e-mail: soenke1jensen@t-online.de

für Schleswig-Holstein und den Regionalverband
Ansprechpartner: Sönke Jensen

für Hamburg
Ansprechpartnerin: Andrea Martini
Tel.: 0 40 / 670 43 11
e-mail: andreamartini@outlook.de

für Niedersachsen und Bremen
Ansprechpartner: Rolf Zimmermann
Tel. 0 50 51 / 87 67
e-mail: rolf2zimmermann@bundeswehr.org

für Mecklenburg-Vorpommern
Ansprechpartnerin: Kathi Müller
Tel. 03 95 / 42 25 833
e-mail: kathi.jens@t-online.de

GÖD
Die qualifizierte Alternative!

GÖD FORUM

Im Internet der schnelle Klick:
www.goed-online.de

Ausgabe 3/4 2015

MITGLIEDERZEITUNG DER GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST UND DIENSTLEISTUNGEN

Großer Zapfenstreich der Bundeswehr vor dem Reichstagsgebäude in Berlin

Quelle Foto: Bundeswehr / Sandra Elbern

In dieser Ausgabe:

- Pflegegesetz
- Meinung zum Krankenhausstrukturgesetz
- Sechzig Jahre Bundeswehr
- Wahlaufruf bei der Bundeswehr
- Tarifeinigung beim privaten Omnibusgewerbe im Saarland
- Tarifabschluss beim Wach- und Sicherheitsgewerbe Niedersachsen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Leser,

Seit Monaten und auch weiterhin ist die Flüchtlingspolitik die zentrale Herausforderung für unser Land und darüber hinaus. Die Menschen erwarten, dass die Politik in Deutschland handelt und nicht nur meist kontrovers diskutiert. Grundlagen müssen sein Humanität und Integration. Schlussendlich wird an einer Begrenzung des Flüchtlingszustromes kein Weg vorbeiführen, egal wie man diese nennen will, Obergrenze oder Kontingente. Dies ist unerlässlich, um die Integration der Massen an Migranten und Asylsuchenden in unsere Gesellschaft und Wirtschaft bewerkstelligen zu können. In vielfältiger Weise sind auch Kolleginnen und Kollegen aus unserer GÖD zur Bewältigung der Flüchtlingssituation derzeit unmittelbar betroffen.

Mit dem Pflegegesetz und dem Krankenhausstrukturgesetz befassen wir uns in dieser Ausgabe, weil es uns sowohl als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Einrichtungen, als auch als eventuell betroffene Patienten, oder möglicherweise früher oder später als Pflegebedürftige selbst oder unsere Angehörigen betreffen könnte. Hinweise zum Bezug von Kindergeld sowie zur Freizeitunfallversicherung im Rahmen des GÖD Beitrages sind in dieser Ausgabe ersichtlich. Aus den GÖD Fachverband Flughäfen und dem GÖD Fachverband Bundeswehr wird berichtet. Darunter vom Jubiläum Sechzig Jahre Bundeswehr. Über einen Tarifabschluss beim Wach- und Sicherheitsgewerbe wird informiert. Aus GÖD Landes- und Regionalverbänden wird in dieser Ausgabe wieder berichtet.

Leider erreichte uns kurz nach Redaktionsschluss am 25.11. die Todesnachricht von einem „Urgestein" der GÖD. Ein Nachruf für Leo Brockmann erfolgt in dieser Ausgabe.

Wieder geht ein Jahr zu Ende und das Weihnachtsfest steht unmittelbar bevor. Deshalb gilt jetzt der Dank an alle, die auch in diesem Jahr wieder mit Schriftbeiträgen und Berichten die Qualität des GÖD FORUM erhalten halfen.

Der Dank gilt allen Haupt- und Ehrenamtlichen in der GÖD, die in vielfältiger Weise in den unterschiedlichen Ebenen unsere GÖD am Leben erhalten, und für unsere

Mitglieder da sind. Schließlich bedanken wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Treue zur GÖD.

Ihnen allen und Ihren Angehörigen wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest, ruhige und erholsame Tage zwischen den Jahren sowie ein gesundes erfolgreiches Neues Jahr 2016 !

Redaktion GÖD FORUM
Götz Beyer

Impressum

Herausgeber und Verleger:
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB). Der GÖD Bundesverband wird vertreten durch den Bundesvorstand.

Kontakt und Vertrieb:
GÖD Hauptstadtbüro
Obentrautstraße 57
10963 Berlin
Telefon: 0 30 / 21 02 17-33
Telefax: 0 30 / 21 02 17-40

Redaktion:
Götz Beyer, Bruckmühl

Layout und Druck:
Verlag Donaudruck GmbH
Kloster-Mondsee-Str. 14
94474 Vilshofen an der Donau
Tel.: 0 85 41 / 96 88-0
www.donaudruck.de

Mit Namen oder Kürzel gezeichnete Artikel geben die Auffassung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion und oder des Herausgebers wieder.

Nachdruck nur mit Genehmigung.

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die ohnehin problematische Personalsituation im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen hat sich u.a. durch die anhaltend hohe Zahl von Flüchtlingen weiter dramatisch verschärft.

Die Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden versuchen seit Monaten zusammen mit vielen ehrenamtlichen Helfern unter größtem persönlichen Engagement die anstehenden Aufgaben oft weit bis über die persönliche Belastungsgrenze hinaus zu meistern.

Hierfür gilt jedem Einzelnen größter Respekt und Dank !!

Neben den ersten Entscheidungen der Bundesregierung gibt es vor allem bei Ländern und Kommunen zunehmende Personalengpässe und die aktuelle Arbeitsbelastung ist mittlerweile in vielen Bereichen mehr als unzumutbar. Ein unter Einbindung aller Ebenen zu erarbeitendes langfristiges Gesamtkonzept ist daher mehr als überfällig. Das am 10. Juli 2015 in Kraft gesetzte Tarifeinheitsgesetz hat angesichts der aktuellen anhaltenden Streiks insbesondere im Flugverkehr die beabsichtigte Wirkung nicht nur völlig verfehlt, sondern die tariflichen Auseinandersetzungen noch weiter verschärft ! Die aus unserer Überzeugung verfassungswidrigen Einschnitte in die geschützten Grundrechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sind daher völlig ungerechtfertigt und wir sind überzeugt, dass das Gesetz der anstehenden Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht nicht standhalten wird. Der mit diesem Gesetz verursachte Schaden wird aber kaum mehr gutzumachen sein.

Für die anstehende „staade" Zeit wünsche ich Ihnen viel Zeit für Sie und Ihre Familien, die Sie unter Besinnung auf die wahren Werte auf eine friedliche und besinnliche Weihnacht einstimmt und mit neuem Mut und Kraft in das dann anstehende Jahr 2016 führt.

Ihr

Raymund Kandler
GÖD Bundesvorsitzender

Hier könnte Ihre Werbung stehen!

Informationen erhalten Sie über unser GÖD Hauptstadtbüro

10963 Berlin
Obentrautstraße 57
Telefon: 030/210 217-33
Telefax: 030/210 217-40
e-Mail:
hauptstadtbuero@goed-online.de

Ihr Plus an Vorsorge !

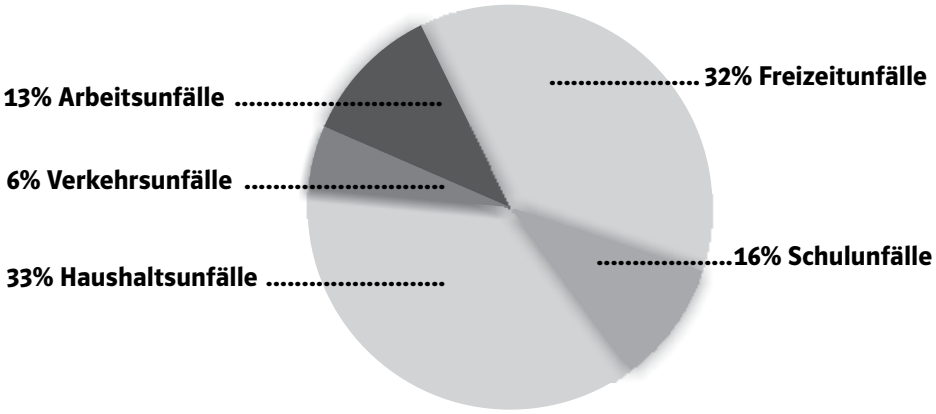
Freizeitunfallabsicherung für GÖD - Mitglieder im satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag enthalten!

Gemeinsamer Schulterschluss
In Kooperation mit un-serem Partner, der R+V VersicherungsGruppe aus Wiesbaden, einem der führenden Versicherer Deutschlands, bietet die GÖD ihren Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft eine Absicherung für Unfälle im Freizeitbereich.

Gesetzlich versichert reicht oftmals nicht aus
Unfälle, die in der Freizeit oder im Urlaub passieren, sind durch die gesetzliche Unfallversicherung nicht abgedeckt und meist mit einem finanziellen Aufwand verbunden.
Die Absicherung besteht nur, wenn auf dem Weg zur Arbeit, während der Arbeitszeit oder auf dem Heimweg ein Unfall passiert.

Da sich der Großteil der Unfälle jedoch zu Hause oder in der Freizeit ereignet ist eine zusätzliche Absicherung dieses Risikos sinnvoll. An dieser Absicherung beteiligt sich die GÖD mit einem entsprechenden Vorsorgebaustein.

Wie sieht der Leistungsumfang für Mitglieder der GÖD aus?
Mit unserem Partner, der R+V VersicherungsGruppe hat die GÖD für seine Mitglieder ein Paket mit folgenden Leistungs-bausteinen geschnürt. Zusätzlich beinhaltet das Leistungspaket noch ein Krankenhausgeld-Extra und ein Krankenhaustagegeld Plus, sowie auf Wunsch eine 24-Stunden-Deckung.



Todesfall-Leistung
6.135 Euro

Invalidität
7.670 Euro

Krankenhaustagegeld-Plus
5,70 Euro am Tag

Bergungskosten
1.022 Euro

Im Schadensfall
bitten wir um umgehende Anzeige über den GÖD-Bundesverband!

Wir übermitteln Ihnen dann eine Unfallanzeige, die wir nach Rücklauf und Prüfung der Mitgliedschaft und der ordnungsgemäßen Zahlung des Beitrags an die R+V Versicherung z. Regulierung weiterleiten.

Krankenhausgeld-Extra
1.000 Euro

Krankenhaustagegeld-Plus
5,70 Euro am Tag

R+V

und

GÖD

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen

Eine starke Gemeinschaft!

Steuer-Identifikationsnummer zum Bezug von Kindergeld

Ab dem 01.01.2016 müssen Eltern zum Bezug von Kindergeld bei der Familienkasse die Steuer-Identifikationsnummer für sich und die Kinder angeben.

In verschiedenen sozialen Medien kursieren derzeit hierzu Kettenmails, die zur Verunsicherung vieler Kindergeldbezieher beitragen.
Die Änderung soll dazu dienen, doppelte Auszahlungen von Kindergeld zu verhindern. Deshalb müssen Eltern ab 1. Januar 2016 ihre eigene "Steuer-IdNr" sowie die ihrer Kinder schriftlich der Familienkasse melden. Das gilt unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes.
Bei Neuanträgen gibt es hierzu ein spezielles Feld für die Steuer-IDNr.
Familien, die bereits Kindergeld erhalten, müssen daran denken, die Information nachzureichen. Für einen reibungslosen Ablauf sollte das Ganze zeitnah erledigt werden.
Das Bundeszentralamt für Steuern hat zur Frage, ob die Familienkasse die Kindergeldzahlung einstellt, wenn ihr die Steuer-IDNr. am 1. Januar 2016 nicht vorliegen mitgeteilt, dass es die Familienkassen grundsätzlich nicht beanstanden, wenn die Steuer-Identifikationsnummern im Laufe des Jahres 2016 nachgereicht werden. Ohne Vorliegen der Steuer-Identifikationsnummern sind die gesetzlichen Voraussetzungen zum Kindergeldbezug jedoch nicht erfüllt. Erhält die Familienkasse die Steuer-Identifikationsnummern nicht, ist sie gesetzlich verpflichtet, die Kindergeldzahlung zum 1. Januar 2016 aufzuheben und das seit Januar 2016 gezahlte Kindergeld zurückzufordern.
Die Steuer-IDNr wird seit 2008 durch das Bundeszentralamt für Steuern allen Personen mitgeteilt, die mit Hauptwohnung oder alleiniger Wohnung in einem Melderegister registriert sind. In der Regel finden Sie diese auch auf der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung oder im Einkommenssteuerbescheid.
Die Steuer-IDNr. kann auch beim Bundeszentralamt für Steuern schriftlich angefordert werden.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist unaufhaltsam

Strebl: Die Industrie 4.0 gemeinsam gestalten

Berlin. An Arbeitgeber wie Arbeitnehmer hat der CSU-Bundestagsabgeordnete und CGB-Bundesvorsitzende Matthäus Strebl appelliert, mehr noch als bisher neuen Technologien und Denkweisen gegenüber aufgeschlossen zu sein.
Bei einem hochkarätig besetzten Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur „Zukunft der Arbeit – Digitalisierung der Arbeitswelt" erinnerte der Arbeitsmarkt- und Sozialexperte daran, dass die Arbeitswelt seit jeher einem permanenten Wandel unterworfen sei. Dabei könnten neue Technologien zwar einerseits mehr Freiräume für Arbeitnehmer bedeuten, häufig aber auch zu größerem Leistungsdruck führen. Vor diesem Hintergrund müsse der Arbeitsschutz für die Beschäftigten regelmäßig überprüft und an die neuen Bedingungen angepasst werden.

Vorne links: Matthäus Strebl, MdB und CGB-Bundesvorsitzender beim Fachgespräch „Zukunft der Arbeit-Digitalisierung der Arbeitswelt"

Fortsetzung von Seite 5

Das Foto zeigt eindrucksvoll das große Interesse, auf den die Veranstaltung zur „Industrie 4.0" mit Matthäus Strebl, MdB gestoßen war.

Strebl, der dem Vorstand der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehört, unterstrich, dass die Revolution des Arbeitsalltags durch das Internet erhebliche Auswirkungen auf Fragen des Datenschutzes, auf Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten, auf fortlaufende Fort- und Weiterbildung sowie auf Unternehmensstrukturen haben werde. Um die „Industrie 4.0" arbeitnehmerfreundlich zu gestalten, müssten Viele an einem Strick ziehen.

Es sei daher zu begrüßen, dass sich Prof. Dr.-Ing. Dipl. Wirt. Ing Günther Schuh von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Wolfgang Percy Ott, Head of Government Affairs Germany, Sisco Systems, Prof. Dr. Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Gerhard Schrader, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von VW Osnabrück, Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB, sowie Isabel Rothe, Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, an diesem Fachgespräch beteiligt hatten.

Der Wandel der Arbeitswelt sei unaufhaltsam. Gerade deshalb sei es erforderlich, dass alle gesellschaftlichen Kräfte an ihm mitwirkten. Das Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe sich hierbei, so Strebl abschließend, als ein wichtiger Impulsgeber erwiesen. Angesichts der Bedeutung der Thematik werde deshalb auch die Einsetzung einer Expertenkommission vorbereitet.

Die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung des Landesfachverbandes Flughäfen Bayern wurde in der Sportgaststätte in Attaching am 29.10.2015 durchgeführt.

Mitgliederversammlung des GÖD-Landesfachverband Flughäfen

Sie wurde vom Vorstandsvorsitzenden Bernhard Plath geleitet. Er begrüßte die Teilnehmer der Versammlung recht herzlich. Zu Beginn der Veranstaltung wurden dem Bundesvorsitzenden Raymund Kandler Genesungswünsche übermittelt, der kranheitsbedingt seine Teilnahme absagen musste. Ganz besonders wurden mehrere Neumitglieder begrüßt, die erstmalig an einer Mitgliederversammlung teilnahmen.

In seinem folgenden Bericht ging Bernhard Plath auf Themen wie das Tarifeinheitsgesetz, die aktuellen ver.di-Verfahren gegen die Schwestergewerkschaft DHV (DHV-Die Berufsgewerkschaft e.V.) sowie die Reaktion der GÖD bzw. des CGM (Christiliche Gewerkschaft Metall) ein. Es wurden die Aktivitäten und die Grundsatzerklärungen der GÖD zum aktuellen Thema der 3. Start- und Landebahn am Flughafen München seit 2011 dargestellt, insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die unter anderem daraus resultierenden Gespräche mit verschiedenen Politikern haben hier bei dem einen oder anderen „neue Horizonte geöffnet", so Plath.

Auf betrieblicher Ebene wurde über die vielfältigen Aktionen bei der Unterstützung von Interessen einiger Kolleginnen und Kollegen referiert. Hervorgehoben wurden die vor dem Arbeitsgericht erzielten Erfolge für die betroffenen Mitglieder.

Erfreut zeigte sich Plath über das positive Feedback von Seiten der Schwerbehindertenvertretung der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbh (SGM). Diese hatte sich über den Artikel zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung unter der Überschrift „Menschlichkeit ist wählbar" sehr positiv geäußert. Die GÖD hatte unter anderem hier

Fortsetzung von Seite 6

aktiv zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung (SBV) aufgerufen und als einzige Gewerkschaft der neuen SBV gratuliert. Auch die Spendenaktion der GÖD für den schwer erkrankten Feuerwehrmann Alfred Eglhuber, fand große Zustimmung unter den Mitgliedern. Die Unterstützung der Realisierung mit anschließender Teilnahme an den Begrüßungsfeierlichkeiten bei der Rückkehr der bayerischen Delegation der „Special Olympics aus Los Angels" wurde von den Teilnehmern ebenfalls positiv aufgenommen.

Am Ende der Veranstaltung dankte Bernhard Plath allen aktiven Mitgliedern, insbesondere der gesamten Vorstandschaft, für Ihr Engagement und Ihre Treue. Für die positive Resonanz aus dem Kreis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die GÖD sorgte auch der tolle Support von Raymund Kandler und dem Team aus München, so Plath. Bernhard Plath verabschiedete sich mit einem Dank an alle Teilnehmer der achten Mitgliederversammlung seit der Gründung des Fachverbandes. In seinem Schlusswort machte er darauf aufmerksam, dass die steigenden Mitgliederzahlen im Fachverband zeigen, dass die GÖD auf dem richtigen Weg unterwegs ist und das im Jahr 2008 bei der Gründung des Fachverbands abgegebene Versprechen einhält: Die Mitglieder haben die Gewerkschaftsarbeit zu bestimmen und nicht die Gewerkschaftsfunktionäre über die Köpfe der Mitglieder hinweg.

Bernhard Plath, Landesfachverband Flughäfen Bayern, Vorsitzender

Der GÖD-Bundesfachverband Bundeswehr stellte sich neu auf und wählte auf seiner Fachtagung seinen neuen Vorstand

Anfang November 2015 fand in Ahrweiler die Fachtagung des GÖD-Bundesfachverbandes Bundeswehr statt.

Der amtierende Vorsitzende des Fachverbandes Bundeswehr, Jörg Stadler, begrüßte die Delegierten und eröffnete die Tagung.

Die Delegierten der Landesverbände und Regionalverbände wählten zunächst den neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende, Jörg Stadler, ist bereits aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr ausgeschieden und vertritt die Auffassung, dass eine für die GÖD und den Bundesfachverband wichtige Position von aktiven Kolleginnen und Kollegen besetzt sein müssen. Aus diesem Grund stellte er sich nicht erneut zur Wahl. Neuer Vorsitzender wurde Andreas Röpcke (AN). Zu den Stellvertretern wurden Hauptmann Frank Sowinski (Soldat) und Rüdiger Laux (Beamter) gewählt. Die Kollegin Jessica Ruland wurde als Schriftführerin des Fachverbandes gewählt. Als Beisitzer wählten die Delegierten die Kolleginnen und Kollegen Brockmann, Dellwing, Hörth, Kastl, Krähling und Vanda.

Der neugewählte Vorsitzende bedankte sich bei den Delegierten für die Wahl zum Vorsitzenden und verdeutlichte in seiner Rede die Wichtigkeit des Fachverbandes und den damit verbundenen Aufgaben bei der Strukturierung der Statusgruppen sowie den Zielsetzungen des Gremiums, um den Kolle-

Unbedingt einhalten!

Redaktionsschluss Forum 1/2016 ist Dienstag, 1. März 2016

Fortsetzung von Seite 7

ginnen und Kollegen in den Dienststellen der Bundeswehr gerecht zu werden.
Auf der Tagesordnung der Versammlung stand als weiterer bedeutsamer Punkt die vorläufige Reihung der Listen zur Personalratswahl der Bundeswehr (Hauptpersonalrat und entsprechende Bezirkspersonalräte) für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Bundeswehr. Die Teilnehmer haben hier erste Reihungen diskutiert und vorgenommen. Um die Kandidatenlisten entsprechend zu stärken, soll aber über den Bundesfachverband ein gesonderter Aufruf zur Bewerbung erfolgen.
Die vorläufigen Reihungen der Beamten und Soldaten zur Personalratswahl der Bundeswehr (Hauptpersonalrat und entsprechende Bezirkspersonalräte) werden kurzfristig in enger Abstimmung mit dem Bundesfachverbands-Vorsitzenden und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden durch die Fachbereichsleiter der Beamten, Rüdiger Laux, und für die Soldaten, Frank Sowinski, stattfinden. Wir werden kurzfristig weiter berichten.

Jessica Ruland,
Schriftführerin Bundesfachverband Bw,
Schatzmeisterin LV Nordwest

Sechzig Jahre Bundeswehr

Der Bundestag würdigte die vor sechzig Jahren gegründete Truppe als Garant für Frieden und Sicherheit. Nur die Linksfraktion will sie abschaffen.

Foto: Sandra Elbern mit freundlicher Genehmigung der Medienbank der Bundeswehr

Großer Zapfenstreich

Union (CDU und CSU), SPD und auch die Grünen waren sich im Bundestag einig: Die Bundeswehr sei Garant für die Sicherheit unseres Landes und Ausdruck von Stabilität und Souveränität. Die Aufstellung deutscher Streitkräfte nur zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten war keine Selbstverständlichkeit gewesen. Die damaligen Entscheidungsträger wie Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) hatten große Weitsicht, und die Verbündeten großes Vertrauen mit der Aufnahme Deutschlands als gleichwertiges Nato-Mitglied. Die historischen Erfahrungen hatten zur Entwicklung des Konzepts der „In-

Fortsetzung von Seite 8

neren Führung" und des Leitbildes vom „Staatsbürger in Uniform" beigetragen. Von Anfang an ist klar gewesen, dass die Streitkräfte unter Primat der Politik und unter parlamentarischer Kontrolle gestellt werden müssen. Mit dazu beigetragen hat auch die Institution des Wehrbeauftragten des Bundestages. Das Prinzip der Parlamentsarmee ist auch für die Soldaten „identitätsstiftend". Die Bundeswehr ist eine „demokratische Institution", in der die Soldaten nicht nur Befehl und Gehorsam kennen, sondern auch das Mitdenken und Infragestellen gefördert wird.

Die Bundeswehr ist in Friedensmissionen der Vereinten Nationen engagiert, um die Zivilbevölkerung zu schützen, Waffenstillstände abzusichern, Streitkräfte auszubilden, wenn Menschen keinen Schutz haben, aktuell im Mittelmeer Seenotrettung zu betreiben, oder bei der Versorgung der Flüchtlinge hier im Lande mitzuhelfen. Unvergesslich sind die Einsätze der Bundeswehr bei der Sturmflut in Hamburg und in mehreren Hilfsaktionen bei Hochwasserkatastrophen. Auch im Ausland war die Bundeswehr in humanitären Einätzen

GÖD
Die qualifizierte Alternative!

bei Erdbebenkatastrophen. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist ein „hohes Gut", weil sie den Entscheidungen über die immer umstrittenen Auslandseinsätzen eine breite demokratische Legitimation verleiht.

Der Begriff Parlamentsarmee hatte auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in den Fokus seiner Rede zum Großen Zapfenstreich am 12 November 2015 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin gestellt. Er sagte: „Es gibt kein zweites Beispiel weltweit, indem die Verankerung einer Armee im demokratischen Staat in einer solchen Weise parlamentarisch festgeschrieben und legitimiert sei. Es sei nicht nur ein formaler Unterschied, ob die Beschlüsse über Einsätze , die buchstäblich über Leben und Tod entscheiden können, allein von der Regierung getroffen werden, oder die breite demokratische Legitimation eines Parlaments und damit die Vertretung des Volkes haben, in der alle relevanten politischen Gruppierungen mit ihren jeweiligen politischen Lebenserfahrungen und Einschätzungen zu Wort kommen.

Unsere Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen GÖD im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands CGB ist seit Jahrzehnten, nahezu von Anfang an, in der Bundeswehr verankert. Sie ist für die Zivilbediensteten, und seit einigen Jahren auch für die Soldatinnen und Soldaten, für deren Belange aktiv tätig. Personalräte und Personalrätinnen aus der GÖD arbeiten vertrauensvoll und verantwortlich in den gewählten Gremien der Beamten und Arbeitnehmer/innen in der Bundeswehr mit. Die GÖD war seit Jahrzehnten und ist heute und auch künftig in der Bundeswehr ein verlässlicher Partner am Arbeitsplatz.

Götz Beyer

Wahlaufruf für die Wahlen der Gesamtpersonalräte, der Bezirkspersonalräte, des Hauptpersonalrates und der BJAV´en für den Geschäftsbereiches des BMVg 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die im Mai 2016 bevorstehenden Wahlen im Bereich des BMVg möchte ich heute einige vorbereitende Informationen an Euch geben.

Bei der Sitzung und Reihungsveranstaltung des Bundesfachverbandes Bw, Anfang November in Ahrweiler, wurden folgende Einzelheiten zu den Modalitäten der Wahlen mit den Deligierten der Landes.- und Regionalverbände beschlossen.

Die Listenführer der Statusgruppen der Arbeitnehmer, Soldaten und der Beamten für den HPR sind für die Erstellung der Wahlvorschläge, der Zustimmungserklärungen, der Verwendung der richtigen Kennwörter und der rechtzeitigen Abgabe der Listen zuständig. Das sind für die Gruppe der Arbeitnehmer, Andreas Röpcke. Für die Gruppe der Soldaten, Frank Sowinski und die Gruppe der Beamten, Rüdiger Laux.

Das gleiche wurde für den BPR beim BAIUD Bw vereinbart. Verantwortlich zeichnet Rolf Zimmermann.

Verantwortlich für den Bezirkspersonalrat beim Kommando Heer ist Reinhard Dierßen.

Für die BJAVen ist der Jugendkoordinator und Bundesschatzmeister, Uwe Erlach benannt.

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen im nachgeordneten Bereich, die für Wahlämter zur Verfügung stehen, bei ihren Landes- und Regionalverbänden ihre Bereitschaft für eine Kandidatur auf den einzureichenden Listen anzuzeigen. Die dafür erforderlichen Unterlagen können bei o.g. Verantwortlichen angefordert werden. Desweiteren wird Unterstützung bei der Erstellung der erforderlichen Unterlagen (auch für die Reihung im örtlichen PR) gewährt.

Fortsetzung von Seite 9

Außerdem steht für die Beantwortung von Fragen, die in Verbindung mit den Wahlen stehen, auch unser langjähriger stellvertretender Bundesvorsitzender und Freund des BMVg, der die letzte Wahl fast allein gestemmt hat, Jörg Stadler, mit „ Rat und Tat " zur Verfügung. Stadler ist fest in die Vorbereitung der Wahlen eingebunden.
Wir haben ganz bewusst eine weit gefächerte Lastenverteilung zur Vorbereitung der Wahlen auf breitere Schultern verteilt, um eine Bewältigung der anstehenden Aufgaben besser erledigen zu können. Wir erhoffen uns, von allen Mitgliedern eine breite Beteiligung und ein klares Bekenntnis zu unserer Gewerkschaft. Desweiteren erwarten wir eine vollumfängliche Unterstützung der Kandidaten durch ihre Landes.- und Regionalverbände. Jede Stimme zählt!
Nur so können wir gute Ergebnisse bei den Wahlen erreichen.

Im Internet der schnelle Klick
www.goed-online.de, oder www.cgb.info

Neue Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen 2017

Am 29. September 2015 hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles die ehemalige Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski (CDU) als neue Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen 2017 und den früheren Bundesvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehügel, als ihren Stellvertreter begrüßt.

Aufgabe der Bundeswahlbeauftragten ist es insbesondere, zusammen mit dem Bundeswahlausschuss die Sozialwahlen 2017 vorzubereiten und korrekt und termingerecht durchzuführen. Hierzu wird es immer wichtiger, den Versicherten die Aufgaben und die Wichtigkeit der Sozialwahlen zur Selbstverwaltung der Sozialversicherungen darzustellen und für eine möglichst hohe Beteiligung an den Sozialwahlen zu werben.
In den Selbstverwaltungen der Sozialversicherungsträger nehmen die Beitragszahler über ihre gewählten Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Vertreterversammlungen und Verwaltungsräten Einfluss auf die Krankenkassen, Unfall- oder Rentenversicherungsträger und vertreten hierbei die Interessen der Versicherten.

GöD
Die qualifizierte Alternative!

Die Amtszeit des bisherigen Bundeswahlbeauftragten, Gerlald Weiß und seines Stellvertreters Klaus Kirschner endete zum 30. September 2015. Diese haben ihre Aufgaben in der abgelaufenen Sozialwahlperiode mit großem Engagement und hoher fachlicher Kompetenz wahrgenommen.
Die Bundeswahlbeauftragte wird am 2.12.2015 in einer Wahlankündigung den Wahltag und die Fristen zu den Sozialwahlen 2017 bekannt geben. Die Wahlausschreibung ist für den 1.4.2016 und der Wahltag für 31. Mai 2017 vorgesehen.
Zur ordnungsgemäßen und rechtssicheren Durchführung der Wahlen werden außerdem Beschwerdewahlausschüsse eingerichtet, bei denen Beschwerden gegen Entscheidungen der Wahlausschüsse einzelner Versicherungsträger oder der Bundeswahlbeauftragten öffentlich verhandelt werden.
Für die bundesweit organisierten Sozialversicherungsträger ist als ehrenamtlicher Vorsitzender des Bundeswahlausschusses der Vizepräsident des Sozialgerichts Berlin, Hans-Christian Helbig vorgesehen. Er wird zum 1. Februar 2016 diese Funktion von seiner Amtsvorgängerin, Frau Dr. Brandts übernehmen, die den Bundeswahlausschuss bei den Sozialwahlen 2005 und 2011 geleitet hat.
Derzeit werden in den Bundesländern auch die Landeswahlausschüsse eingerichtet.

Pflegestärkungsgesetz

Mit einem neuen Pflegebegriff werden auch Demenzkranke in die Versorgung einbezogen.

Mit der Verabschiedung des zweiten Pflegestärkungsgesetzes ist die große Pflegereform unter Dach.Was noch aussteht, ist das Pflegeberufsgesetz, und die Umsetzung der komplexen neuen Pflegerichtlinien in die Praxis. Im Mittelpunkt steht ein neuer Pflegebedürftigkeitsbergriff. Mit fünf Pflegegraden wird festgelegt wer welche Leistungen bekommt. Erstmals werden dabei auch die Fälle von Demenz systemaisch berücksichtigt. Mit bis zu 500.000 Anspruchsberechtigten wird in den nächsten Jahren gerechnet. Finanziert wird diese Reform durch eine Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrages um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55 % bzw.2,8 % für Kinderlose zum Jahresbeginn 2017. Das Gesetz hatte einen Vorlauf der Gesetzgebung von zehn Jahren und erstreckte sich damit über mehrere Legislaturperioden. Diese Reform soll den 2,7 Millionen Pflegebedürftigen, den Pflegekräften und den pflegenden Angehörigen zugutekommen. Die rund 1,6 Millionen Demenzfälle erhielten künftig einen gleichberechtigten Anspruch zu Leistungen der Pflege. In 25 Jahren wird mit etwa 2,6 Millionen Menschen mit Demenz in Deutschland gerechnet. Reha vor Pflege wurde gestärkt, denn auch im hohen Alter kann eine erfolgreiche Rehabilitation mehr Teilhabe bedeuten. Die pflegenden Angehörigen werden in der Sozialversicherung besser abgesichert.

Bundesgesundheitsminister Gröhe (CDU) räumte ein, dass mehr Pflegekräfte benötigt werden und verwies auf das Personalbemessungsverfahren, das in den kommenden Jahren entwickelt und erprobt werden solle. Wie hoch der Personalschlüssel sein müsse, könne erst überprüft werden, wenn die Pflegegrade im Jahre 2017 eingeführt werden.

Die Regierungsfraktionen blicken mit Genugtuung auf diese Reform. SPD Gesundheitsexperte Lauterbach sprach sogar von einem „Quantensprung". Die Opposition hatte erhebliche Zweifel daran, dass dieses teure Projekt umgesetzt wird. Grüne und Linke mussten anerkennen, dass jetzt endlich überhaupt etwas voran gegangen ist.

Götz Beyer

Meinungen zum Krankenhausstrukturgesetz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Gesetzestext zum Krankenhausstrukturgesetz erweckt Erwartungen. Die Darstellung hört sich ja für unsere Krankenhauslandschaften zunächst sehr positiv an. Allerdings wird bei näherer Betrachtung doch deutlich, dass es nach wie vor darum geht, Krankenhausbetten, die sogenannten Überkapazitäten abzubauen, das heißt, Krankenhäuser zu schließen. Positiv ist, dass künftig die Qualität der Krankenhausversorgung stärker kontrolliert und konsequent verbessert werden soll. Krankenhäuser, die nicht die notwendige Qualität leisten, werden erhebliche Probleme bei der Finanzierung bekommen. Kleine und kleinste Krankenhäuser, die aufgrund der geringen Mengen an medizinischen Leistungen, keine standardisierte Qualität erreichen werden, werden nur schwer überlebensfähig bleiben. Die Budgets werden dort reduziert und ein Erhalt der Häuser ist nur durch den Einsatz von Finanzhilfen der kommunalen und der staatlichen Träger möglich. Sollten Krankenhäuser geschlossen werden, werden die bislang dort behandelten Patienten natürlich an größere Häuser, bzw. an qualitativ hochwertiger arbeitende Häuser wechseln. Dort wiederum versucht man, mit der Mengensteuerung der Kostensteigerung Herr zu werden. Bei den Kosten für die Mehrpatienten werden sogenannte Abschläge erhoben. Man geht davon aus, dass bei den mehrversorgten Patienten, ca. 40 % der Kosten abgezogen werden, was wiederum dazu führt, dass diese Häuser nur schwer den notwendigen Personalbedarf bzw. Investitionsbedarf werden leisten können. Denen stellt die Regierung ein Pflegestellenförderprogramm entgegen, welches in den nächsten 3 Jahren mit 660 Mio. gefüllt ist. Ab 2019 wird diese Summe dann jedoch halbiert, was wiederum dazu führt, dass die Hälfte der Pflegekosten wiederum in den Krankenhäusern selbst zu finanzieren ist und dies bei sinkenden Erlö-

Fortsetzung von Seite 11

sen. Die meisten Krankenhäuser leben seit Jahren mit sinkenden Erlöszahlen pro Patient und Fall. Dies wird sich auch mit dem neuen Strukturgesetz nicht verbessern. Bislang wurden Tariferhöhungen in den Krankenhäusern mit marginal 0,5 % gefördert. Künftig sollen diese hälftig von den Kostenträgern übernommen werden, aber auch dies ist nicht wirklich eine Errungenschaft, wenn man daran denkt, dass die Bundesregierung bei der Verhandlung der Tarifverträge mitbeteiligt ist und die Kostenträger dann lediglich dazu verpflichtet, die Hälfte dieser Zuwächse zu refinanzieren. Auch dieser Punkt führe wieder dazu, dass eine Unterdeckung in den Krankenhäusern entsteht.

Bundesgesundheitsminister Gröhe spricht von einer gut erreichbaren Versorgung vor Ort und hohe Qualität durch Spezialisierungen, zum Beispiel in den Universitätskliniken. Doch was nutzt dies einem Patienten Vorort, der immer weitere Wege für diese so gut erreichbare Versorgung zurücklegen muss. Wege von 30 – 50 km können bei Magenkrämpfen, oder abgetrennten Fingern relativ lang werden. Ich denke es gäbe andere Wege, Kosten einzusparen. Stellen Sie sich vor, Sie brechen sich den Mittelfußknochen, früher gingen Sie zu Ihrem Hausarzt, der mit einem gewissen Maß an Erfahrung diesen Bruch nach einer radiologischen Untersuchung feststellen und sichern konnte. Dieser schickte Sie dann ins Krankenhaus, wo der Knochen versorgt, die Angelegenheit geregelt wurde. Mittlerweile ist es zwingend vorgeschrieben, dass der Hausarzt diesen Patienten, bei bekanntem gebrochenen Mittelfußknochen zum Orthopäden überweist und dieser stellt die Notwendigkeit der Krankenhausbehandlung fest. Zu den oben genannten 30 – 50 km gesellen sich also leicht, vielleicht nochmal 50 km mit dem vorherigen Facharztbesuch dazu und nicht zu vergessen, die Kosten die dieser Facharzt für diese zusätzliche Untersuchung abrechnen wird.

Ich denke, wenn man das Gesundheitswesen in Deutschland tatsächlich auf gesunde Beine stellen will, müsste man die Gesamtsituation betrachten und alle Bereiche der Gesundheitsversorgung und auch der Gesundheitsvorsorge in einem System verzahnen, welches miteinander und ineinander wirkt. Man sollte die strenge Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung betrachten und Verzahnungsmöglichkeiten installieren, die die Patienten schont und Zeit sowie Kosten spart.

Hoffen wir auf die eingerichtete Expertenkommission aus Praxiswissenschaften und Selbstverwaltung und hoffen wir auch, dass dieses Gremium mit entsprechendem Sach- und Menschenverstand an die Regelung der Krankenhaus- und Versorgungsstrukturen geht. Hoffen wir, dass dort auch nicht nur der Aspekt der Krankenhausversorgung, sondern der Gesamtaspekt der Gesundheitsvorsorge und Versorgung für unsere deutsche Bevölkerung berücksichtigt wird.

Josef Nikl
Landesvorsitzender der GÖD
und des CGB in Bayern

Die globalisierte Gesundheitspolitik

Der Prozess der Globalisierung macht natürlich auch nicht Halt vor unserem Gesundheitswesen. Der Mensch wird globaler, er wechselt die Länder, die Kontinente, sei es im Handel oder im Urlaub. Mit dieser Bewegung verbreiten sich natürlich auch Krankheiten entsprechend globaler als früher. Aber nicht nur die neuen Infektionsgefahren, die durch internationalen Flug- und Reiseverkehr nahezu jeden Erdteil innerhalb weniger Stunden und Tage erreichen können, sind das Problem, sondern auch durch die weltweite Angleichung von Konsum und Lebensgewohnheiten steigen die chronischen Erkrankungen. Insbesondere die neuen Bürgerschichten vieler Schwellen- und Entwicklungsländer

Josef Nikl, Landesvorsitzender der GÖD und des CGB in Bayern

passen sich immer mehr unseren Lebensgewohnheiten an und übernehmen dabei natürlich auch, die bei uns verbreiteten chronischen Erkrankungen, wie zum Beispiel Diabetes. Die Bundesregierung hat deshalb in ihrem Aufgabenbereich der globalen Gesundheitsvorsorge verschiedene Punkte aufgenommen, beispielsweise der wirksame Schutz von grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen. Die Stärkung der weltweiten Gesundheitssysteme, aber auch der Zwang internationale Kooperationen auszubauen und gemeinsam in der Gesundheitsforschung und Gesundheitswirtschaft tätig zu werden, sind Aufgaben für die Zukunft. Im Gegenzug zu den neuen Herausforderungen im Gesundheitswesen, bieten sich jedoch auch vie-

Fortsetzung von Seite 12

le neue Möglichkeiten. Nehmen wir die erhöhte Mobilität, neue Kommunikationsmöglichkeiten und die Zusammenarbeit über die Länder hinweg. Der Zugang zu Medikamenten, Technologien, Therapien, Wissen und Forschung hat sich wesentlich vereinfacht. Erkrankungen, die vielleicht in Deutschland nicht effektiv bekämpft werden können, werden in anderen Ländern standardisiert behandelt, dies kann wiederum uns nutzen. Zunächst jedoch werden wir im deutschen Gesundheitswesen vermehrt mit neuen Erkrankungen kämpfen. Wir werden in der Forschung neue Wege beschreiten müssen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Natürlich werden sich dadurch zunächst Kosten erhöhen und aufs deutsche Beitragssystem niederschlagen. Allerdings denke ich, dass eine stärkere, internationale Vernetzung auch dazu dienen wird, diese Problematik in Zukunft zu beheben und langfristig gesehen werden wir von der Globalisierung der Medizin profitieren.

Josef Nikl

Aus den GÖD Landes- und Regionalverbänden

Landesverband Bayern

Bezirksversammlung der GÖD Niederbayern

Vilshofen. Zu ihrer diesjährigen Bezirksversammlung trafen sich die Mitglieder der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) – Landesverband Bayern – im Schlemmerhof Schmalzl, Hundsöd.

Bezirksvorsitzender Herbert Albert konnte hierzu neben einer stattlichen Anzahl von Mitgliedern besonders den GÖD Bundesvorsitzenden, Raymund Kandler, stellvertretenden Landrat, Raimund Kneidinger, den Dienststellenleiter der Agentur für Arbeit Vilshofen und Pocking, Alexander Wagner sowie Kreisrat Alois Kapfhammer begrüßen. In seinem Grußwort betonte stellvertr. Landrat Raimund Kneidinger, dass der Landkreis Passau in den letzten Jahren über 9.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer hinzugewonnen habe. Im Landkreis Passau würden Menschen leben, die auch bereit seien, weite Wege zur Arbeit in Kauf zu nehmen. Eine Umfrage habe ergeben, dass die Menschen den Landkreis Passau als lebenswerte Region schätzen. Dies beweisen auch die Übernachtungszahlen, wonach der Landkreis Passau mit 4,5 Mill. Übernachtungen an der Spitze liege. Abschließend bedankte er sich bei der GÖD für die geleistete Arbeit im Sinne des Dienstes am Menschen. Bundesvorsitzender Raymund Kandler zeigte sich erfreut darüber, dass namhafte Politiker Mitglied der christlichen Gewerkschaft seien. Die Niederbayern bezeichnete er als bescheiden; sie schaffen und reden nicht darüber. Für die langjährige Treue zur Gewerkschaft, auch im Ruhestand, bedankte er sich sehr herzlich. Er betonte, dass ein großer Teil der Arbeit ehrenamtlich geleistet werde. Daher würden die Entscheidungen auch realitätsnah getroffen. Bezirksvorsitzender Herbert Albert ging dann in seinem Tätigkeitsbericht auf die Veranstaltungen des vergangenen Jahres sowie insbesondere auf die Aktivitäten im Krankenhauswesen ein. Als besonders erfreulich bezeichnete er, dass es nach der Eigeninsolvenz bei der Fachklinik für Amputationsmedizin, Osterhofen weiter aufwärts gehe und auch entsprechende Belegungszahlen vorhanden seien. Dies konnte auch nur mit Gehaltsverzicht und Unterstützung der gesamten Belegschaft erreicht werden. Dass Interesse der Bevölkerung an einem Tag der offenen Tür, bei welchem auch ein Infostand der GÖD nicht fehlte, zeigte die Verbundenheit der Bevölkerung mit „ihrem" Krankenhaus. Auch in den Kliniken des Landkreises Passau und am Klinikum Passau sei die GÖD sehr aktiv. Abschließend bedankte er sich besonders bei seinen Vorstandsmitgliedern für die tatkräftige Unterstützung. Zur finanziellen Situation des Bezirksverbandes erklärte Schatzmeister Hans Schmidt, dass der Kassenbericht genau so knapp ausfalle, wie der vorhandene Kassenbestand. Allerdings komme man gut über die Runden. Notfalls werde auch vom Landesschatzmeister Peter Renner eine entsprechende Unterstützung gewährt. Ein besonderes Augenmerk müsse auf die Neugewinnung von insbesondere jungen Mitgliedern gelegt werden. Nur gemeinsam sei man stark. In seinem Vortrag über das aktuelle Tarifrecht betonte GÖD-Bundesvorsitzender Raymund Kandler, dass zwischenzeitlich das sogenannte Tarifeinheitsgesetz in Kraft getreten sei. Damit sei die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit für Gewerkschaften praktisch abgeschafft und den sogenannten Spartengewerkschaften soll

Fortsetzung von Seite 13

damit der Boden entzogen werden. Er halte dieses Gesetz für verfassungswidrig und es hat sogar der wissenschaftliche Dienst des Bundestages rechtliche Zweifel angemeldet. Entsprechende Klagen würden dem Verfassungsgericht bereits vorliegen. Dieses Gesetz greife auch nicht für die Streiks bei der Lufthansa und der Bahn, da kurz vor der Verabschiedung in diesem Bereich entsprechende Tarifvereinbarungen geschlossen wurden, so dass bei der nächsten Tarifrunde hier wieder ähnliche Aktionen zu erwarten seien. Die Folgen des Tarifeinheitsgesetzes erläuterte Kandler an einem Beispiel. Es könne nicht sein, dass bei einer Flughafengesellschaft die dort beschäftigten „Marschaller" keinen Anspruch auf die in dem Tarifvertrag mit ihrer „Gewerkschaft Flugsicherung" für sie vereinbarten höheren Tarife mehr haben, sondern nach dem weit niedrigeren Tarifen des TVöD bezahlt werden sollen. Auch die Durchsetzung in der Praxis sei nicht nachvollziehbar dargestellt worden, z. B. Nachweis der Mitgliederstärke im Betrieb. Außerdem könnten sich beispielsweise in einem Konzern in verschiedenen Betrieben je nach der dortigen Stärke der Einzelgewerkschaften auch unterschiedliche Tarifgeltungen ergeben. Intensive Arbeitskämpfe innerhalb des Betriebs wären vorprogrammiert. Auch die aktuelle Erklärung der Rechtswidrigkeit des Pilotenstreiks bei der Lufthansa durch das Landesarbeitsgericht in Frankfurt erfolgte nicht aufgrund des Tarifeinheitsgesetzes, sondern weil die Vereinigung Cockpit nach Auffassung des Gerichts hier vorrangig Ziele verfolgt habe, die tariflich nicht regelbar seien. Kandler ging dann auch auf aktuelle Probleme in den einzelnen Bereichen ein. Besonders erfreulich sei es, dass die GÖD gerade im Krankenhausbereich einen sehr guten Stand habe. Auch bei der Bundeswehr habe man im norddeutschen Bereich einen sehr großen Zulauf. Da die GÖD immer stärker werde, leide man auch unter den Anfeindungen der anderen Gewerkschaften. Abschließend galt sein Dank allen Unterstützern und ehrenamtlich Tätigen. Bezirksvorsitzender Albert kritisierte, dass immer mehr Arbeitnehmer erst dann zur Gewerkschaft gehen, wenn sie Probleme hätten. Nach Lösung der Probleme liege wieder die Kündigung auf dem Tisch. Er appellierte an die Politik, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, wonach ausgehandelte Tarifverträge nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten sollten. Eine kleine Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern zahle treu ihre Beiträge, wovon dann Nichtmitglieder entsprechend profitieren würden. Zu Beginn seines Vortrags betonte der Leiter der Agentur Arbeit für Vilshofen und Pocking Alexander Wagner, dass die Agentur für Arbeit vor Ort zu einem Dienstleister vor Ort geworden sei. Er ging dabei kurz auf die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ein. So habe es im Januar 2001 im Landkreis Passau 9.268 Arbeitslose gegeben; im Januar 2015 seien es nur noch 5.502 Arbeitslose gewesen. Die Entwicklung halte auch noch an. Von Januar 2015 bis September 2015 habe es zwar 3.195 Zugänge gegeben, dafür aber 3.302 Abgänge. Ebenso habe auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zugenommen. Im Landkreis Passau habe sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen bezogen auf den Arbeitsort vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2014 von 4.306 SV-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf 54.756 und die Beschäftigungsverhältnisse bezogen auf den Wohnort vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2014 von 61.239 Arbeitnehmern auf 70.171 Arbeitnehmer erhöht. Mitunter die größten Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer im Landkreis Passau biete hier BMW Dingolfing. Dies bedeute aber auch, dass aufgrund der hohen Auspendlerzahl für örtliche Unternehmen entsprechende Fachkräfte zur Verfügung stehen würden. Die Arbeitsplätze vor Ort müssten deshalb attraktiver gestaltet werden. Er kritisierte auch, dass sich immer mehr Firmen in den Ballungszentren ansiedeln würden. Auch habe die Agentur für Arbeit mit öffentlichen Einrichtungen nur wenig Kontakt. Auch hier sei noch entsprechendes Potential vorhanden. In diesem Bereich seien seiner Meinung nach auch die Fördermöglichkeiten zu wenig bekannt. Auf die Arbeitslosenquote von ca. 3 % könne der

v. l. n. r.: Schatzmeister Hans Schmidt, Bundesvorsitzender Raymund Kandler, stellvertretender Landrat Raimund Kneidinger, Arbeitsagenturleiter Alexander Wagner, Schriftführerin Gisela Bauer und Bezirksvorsitzender Herbert Albert.

Fortsetzung von Seite 14

Landkreis Passau stolz sein. Wagner ging dann auch auf die Möglichkeiten einer abschlagsfreien Rente nach Altersteilzeit bzw. Arbeitslosigkeit ein. Hier könnte besonders Mitarbeitern mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit geholfen werden. Gerade im Pflegedienst sei dies hier der Fall. Ältere Arbeitnehmer würden dabei oft in die Altersarmut verfallen. Hier seien aber auch politische Änderungen nötig. Eine besondere Herausforderung für die Arbeitsagentur seien die derzeitigen Flüchtlingsströme. Im Jahre 2011 seien noch 53.000 Asylanträge gestellt worden, im Jahre 2015 rechnet man nach Aussage von Wirtschaftsminister Gabriel mit ca. 1.000.000 Flüchtlingen. Die Integration in Ausbildung und Arbeit müsse deshalb entsprechend vorangetrieben werden. Die Agentur für Arbeit stelle deshalb bayernweit 50 Mill. EURO für Sprachkurse/Einstiegskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive zur Verfügung. Es müsse viel investiert werden, um die Qualifikation zu erwerben. 81 % der Flüchtlinge seien ohne Qualifikation, 11 % hätten eine Berufsausbildung und 8 % eine Ausbildung mit akademischem Hintergrund. Abschließend forderte Wagner die Arbeitnehmer und Betriebe auf, den Service und die Dienstleistungen der Arbeitsagentur besser zu nutzen und zeigte dabei die einzelnen Möglichkeiten auf. Sowohl Bundesvorsitzender Raimund Kandler als auch der Bezirksvorsitzende Herbert Albert bescheinigten der Arbeitsagentur eine hervorragende Arbeit zum Wohle der Beschäftigten. Mit einer lebhaften Diskussion wurde die Bezirksversammlung beendet.

Aus den GÖD Landes- und Regionalverbänden

Regionalverband Südwest

Tarifeinigung im privaten Omnibusgewerbe im Saarland

Gewerkschaft GÖD setzt Arbeitszeitverkürzung und Entgelterhöhungen für die 1000 Beschäftigten im Saarland durch.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) und der Landesverband Verkehrsgewerbe Saarland (LVS) e.V. haben heute, 05.11.2015, höhere Tarifentgelte sowie eine kürzere Wochenarbeits-zeit für die rund 1.000 Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe vereinbart.

SAARBRÜCKEN, 05.11.2015: In der ersten Verhandlungsrunde ist ein Tarifergebnis für die rund 1.000 Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe des Saarlandes erzielt worden. Dies beinhaltet eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit des Fahrpersonals ab 1. Januar 2016 um 1 Stunde auf 41 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Das entspricht einer Entgelterhöhung von 2,4%. Die Tarifentgelte der Busfahrer steigen überdies am 1. Januar 2017 und 2018 jeweils um 2,0%. „Mit diesem Ergebnis, haben wir unter Einschluss der Arbeitszeitverkürzung, eine Tariferhöhung von 6,4% erzielt", so der Verhandlungsführer der Gewerkschaft GÖD Nico Caló. In der aktuellen Tarifrunde ist der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung gelungen, was noch in der letzten Tarifrunde als zentrale Forderung der Gewerkschaft GÖD von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. „Wir sind erleichtert, dass wir nun in dieser Verhandlungsrunde mit dem LVS den Einstig in die Arbeitszeitverkürzung haben durchsetzen können", so der Verhandlungsführer der Gewerkschaft GÖD Nico Caló weiter und fügt hinzu: „Dies geschah in einer Verhandlungsatmosphäre, welche von konstruktiven Lösungsansätzen geprägt war."

Die Tarifentgelte aller anderen Arbeitnehmer erhöhen sich in 3 Stufen jeweils zum 1. Januar 2016, 2017 und 2018 um 2,0%. Ab 1. Januar 2016 erhalten die Auszubildenden 80,00 € pro Monat mehr. Die Entgelte für die Aushilfen werden auf 8,74 € pro Stunde angehoben. Der Manteltarifvertrag musste redaktionell an das neue Mindestlohngesetz angepasst werden. Die neuen Tarifvereinbarungen laufen bis zum 31. Dezember 2018.

Unbedingt einhalten!

Redaktionsschluss Forum 1/2016 ist Dienstag, 1. März 2016

Regionalverband Südwest

Betrugsvorwürfe und Verstöße gegen das saarländische Tariftreuegesetz stehen im Raum

Gewerkschaft GÖD geht gegen tarifwidriges Verhalten und Verstöße gegen das Saarländische Tariftreuegesetz im privaten Omnibusgewerbe vor.

Offensichtlich betrachten private Omnibusunternehmen im Saarland Verstöße gegen das Saarländische Tariftreuegesetz (STTG) sowie das Vorenthalten von Leistungen aus dem GÖD Tarifvertrag und Lohnbetrug als Kavaliersdelikt, so der Regionalgeschäftsführer und Justiziar der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD). Nach Recherchen der Gewerkschaft GÖD unterlaufen private Omnibusunternehmen im Saarland den geltenden GÖD Tarifvertrag und die Bestimmungen des Saarländischen Tariftreuegesetz (STTG) und erschleichen sich so einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Mitbewerber auf Kosten der Beschäftigten.

Nach dem STTG verpflichten sich private Omnibusunternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Tariftreue und Mindestentlohnung. Unter diesen Voraussetzungen erhalten private Omnibusunternehmen den Zuschlag für einen Auftrag im ÖPNV. Verstöße führen zur Kündigung des Auftrags und Zahlung einer Vertragsstrafe. Der GÖD Tarifvertrag verpflichtet zur Zahlung von Urlaubsgeld, Mindestentgelte und Vermögenswirksame Leistungen (VWL). Genau hiergegen verstoßen nach den Recherchen der Gewerkschaft GÖD private Omnibusunternehmen im Saarland. Beschäftigte werden um bis zu 1.000,00 EUR Lohn im Jahr betrogen.

Nach dem GÖD Tarifvertrag haben die Beschäftigten einen Anspruch auf Urlaubsgeld von 20,00 EUR je zustehenden Urlaubstag. Der Grundurlaub orientiert sich an den Arbeitstagen in der Woche. Bei einer 5 Tage Woche(26 Tage Urlaub), 5,5 Tage Woche (29 Tage) und 6 Tage Woche (31 Tage). So haben Beschäftigte Anspruch auf bis zu 620,00 EUR Urlaubsgeld im Jahr. Abhängig von der Betriebszugehörigkeit erhöht sich der Urlaub auf bis zu 35 Tage im Jahr, so dass dann ein Anspruch auf Urlaubsgeld von bis zu 700,00 EUR den Beschäftigten zusteht. Recherchen der Gewerkschaft GÖD haben ergeben, das private Omnibusunternehmen entweder kein Urlaubsgeld bezahlen, kürzere Arbeitswochen zugrunde legen oder die Betriebszugehörigkeit nicht berücksichtigen.

Die tarifliche Bestimmung auf Einmalzahlungen von 350,00 EUR wird den Beschäftigten verwehrt mit der Begründung, diese gelte für sie nicht. Die Beschäftigten werden um das ihnen zustehende tarifliche Entgelt gebracht. „Das ist Lohnbetrug und Vorenthalten von Arbeitsentgelt", stellt Nico Caló, GÖD Regionalgeschäftsführer und Justiziar fest. Und fährt fort: "Wir prüfen deshalb rechtliche Schritte bis hin zur Strafanzeige gegen private Omnibusunternehmen, um diese Form der Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der Beschäftigen zu unterbinden". Mitglieder der Gewerkschaft GÖD erhalten für die Durchsetzung ihrer Ansprüche vor dem Arbeitsgericht Rechtsschutz. Erste Verfahren vor dem Arbeitsgericht hat die Gewerkschaft GÖD bereits eingeleitet. Weitere Verfahren sind in Vorbereitung und werden eingeleitet, sollten die Arbeitgeber die tariflichen Ansprüche der Beschäftigten nicht erfüllen wollen, stellt die Gewerkschaft GÖD mit Nachdruck fest.

Recherchen der GÖD haben darüber hinaus ergeben, dass die vorgeschriebenen Ruhezeiten und Pausen nicht eingehalten werden. Nach der Fahrpersonalverordnung (FPersV) ist nach einer Lenkzeit von viereinhalb Stunden eine Fahrtunterbrechung von mindestens 30 zusammenhängenden Minuten einzulegen. Das bedeutet, dass die Beschäftigten in dieser Zeit auch nicht arbeiten dürfen. Umgangen wird diese Vorschrift von den privaten Omnibusunternehmen, indem andere Arbeiten den Beschäftigten übertragen werden, sodass diese nicht fahren müssen, aber dennoch die gesetzliche Ruhezeit nicht in Anspruch nehmen können. Oder aber der Dienstplan ist so eng gefasst, dass darin Ruhezeiten dokumentiert sind, tatsächlich aber von den Beschäftigten nicht genommen werden können, weil sie sonst die Haltestellen nicht rechtzeitig erreichen können.

„Uns liegen Aufzeichnungen der Beschäftigten vor, welche Lenkzeitüberschreitungen von 50% und mehr dokumentieren sowie Dienstpläne, die tatsächlich so nicht abgefahren werden können ohne eine Lenkzeitüberschreitungen zu vermeiden", so Nico Caló und fügt hinzu: "Die Dienstplangestaltung der privaten Omnibusunternehmer ist schon programmiert auf Rechtswidrigkeit."

Die Gewerkschaft GÖD fordert die Aufsichtsbehörden auf, intensiver zu kontrollieren, um den betreffenden privaten Omnibusunternehmen zu ver-

Fortsetzung von Seite 16

deutlichen, dass Verstöße gegen das STTG sowie der Ruhepausen keine Kavaliersdelikte sind. „Hier muss mit Vertragsstrafen und empfindlichen Bußgeldern der Wettbewerbsverzerrung auf dem Rücken der Beschäftigten Einhalt geboten werden", stellt Nico Caló fest. Und führt abschließend aus: "Auch der LVS ist gefordert, seine Mitgliedsunternehmen zur Tariftreue und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen anzuhalten. Denn Wettbewerbsverzerrung wird auch von LVS Mitgliedsunternehmen betrieben".

Regionalverband Südwest

Wir trauern um Leo Brockmann

Mit Betroffenheit haben langjährige Weggefährten des CGB und der GÖD vom Tod ihres geschätzten Kollegen Leonhard Brockmanns am 25. November 2015 erfahren.

Leonhard Brockmann wurde am 24. Juni 1935 in Hausdülmen in Westfalen geboren. und hat sich seit seiner Jugend in verschiedenen Funktionen zunächst in der Christlichen Jugendarbeit und später in der KAB engagiert.

1958 war Leo Brockmann Mitbegründer der christlich sozialen Betriebsgruppe bei den Quarzwerken Haltern und wurde zum 13.06.1958 Mitglied der Christlichen Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie (CGBCE) und hat sich hier auch im Hauptvorstand engagiert.

1968 konnte Leo Brockmann seinen Beruf wegen einem Arbeitsunfall nicht mehr ausüben und hat nach seiner zweijährigen Ausbildung ,zum Sozialreferenten eine Anstellung als Arbeitnehmerreferent bei der Betriebsseelsorge im Bistum Mainz gefunden.

1974 zog Leo Brockmann dann erstmals als Direktkandidat für die CDU im bisher „roten" Dieburg in den hessischen Landtag ein, dem er mit Unterbrechungen insgesamt 16 Jahre aktiv angehört hat und in dem er großartiges geleistet hat.

In dieser Zeit unterstützte er die Betriebsgruppenarbeit in den Hanauer Nuklearbetrieben, insbesondere der RBU, die später von Siemens übernommen wurde und wechselte daher auch von der CGBCE zur Christlichen Gewerkschaft Metall. Zusammen mit Frau Dr. Löwenthal und weiteren Mitstreitern hat Leo Brockmann maßgeblich an der Gründung des GÖD-Landesverbandes Hessen mitgewirkt.

Leo Brockmann hat über viele Jahrzehnte seines Lebens in vielen Funktionen auf Landes- und Bundesebene maßgeblich zum Aufbau und weiteren Ausbau der Christlichen Gewerkschaften und insbesondere auch des CGB und der GÖD in Hessen beigetragen.

Mit Leo Brockmann verlieren wir einen gradlinigen, hilfsbereiten und lebensfrohen Gewerkschaftskollegen und Freund, der von tiefem Glauben, christlichen Werten und Solidarität geprägt war.

Das Lebenswerk von Leo Brockmann wurde am 28. August 1986 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und im Juni 1995 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse gewürdigt.

Leo Brockmann wird uns immer Vorbild bleiben, die christlichen Werte nicht nur nach außen zu vertreten sondern diese auch zu leben.

Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Familie und wir wünschen Ihnen Kraft und Gottes Segen in dieser schweren Zeit ! **Wir werden Leo ein ehrendes Andenken bewahren !**

Für den GÖD-Bundesverband
Raymund Kandler (Vorsitzender)

Für den GÖD-Regionalverband Südwest
Herbert Fontaine (Vorsitzender)

Regionalverband Südwest

Gewerkschaft GÖD stellt Personaleinsparung im Land und bei den Kommunen in Frage

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) im Saarland sieht die Vorgaben für die Personaleinsparungen bei der Landesverwaltung und bei den Kommunen im Saarland mit großer Sorge. Und dies nicht erst, seit es um die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen geht.

Die aktuelle Debatte um die personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zeigt, dass teure Wirtschaftsgutachten zur Verwaltungsmodernisierung im Land wie bei den Kommunen der Wirklichkeit hinterherlaufen, so die Gewerkschaft GÖD.

Im Spitzengespräch mit der Landesregierung zur Zukunft der Landesverwaltung hat die Gewerkschaft GÖD immer darauf hingewiesen, dass die Personaleinsparung nicht auf Kosten der Arbeitsverdichtung gehen darf. „Heute erleben wir genau diese Entwicklung", so der GÖD-Regionalgeschäftsführer Nico Caló. Beschäftigte müssen Überstunden leisten, welche sie selbst in eine bedrohliche gesundheitliche Situa-tion bringen, so die Gewerkschaft GÖD. Die bestehende Arbeitsverdichtung durch den Personalabbau der letzten Jahre hat an Schärfe zugenommen. Die Landesregierung und Kommunen glaubten, durch Servicegesellschaften, Technisierung sowie Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und interkommunaler Zusammenarbeit, Personal einsparen zu können. Dafür wurden kostenaufwendige Gutachter bemüht, zuletzt PWC vom Landkreis Saarlouis und Junkernheinrich vom Innenministerium. Zuvor glaubte die Landesregierung auch, mit Gutachten in den Geschäftsbereichen des

Bildungs- und Justizministeriums Personaleinsparungen feststellen zu können. "Keines der Gutachten hat die Herausforderung des öffentlichen Dienstes für die nächsten Jahre im Fokus gehabt. Es zählte alleine die Einhaltung der Schuldenbremse", so Nico Caló, GÖD-Regionalgeschäftsführer. Im Bildungsbereich wird die Universität des Saarlandes auf eine Technische Universität herunter gestutzt, so dass der öffentliche Dienst im Saarland nur wenig davon profitieren kann. Nun zeigt sich, dass der öffentliche Dienst nicht so schnell Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt oder aus dem Ausland rekrutieren kann.

Es bedarf – zu Recht – einer sorgfältigen speziellen Ausbildung. Und diese braucht eben seine Zeit. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft geht es eben nicht um technische Produktpaletten und Produktionsstraßen, welche zum Laufen gebracht werden müssen. Im Mittelpunkt steht der Mensch, so die Gewerkschaft GÖD. Hierzu stellt der GÖD-Regionalgeschäftsführer Nico Caló fest: "Weil sich Landesregierung und Kommunen in den letzten Jahren einen öffentlichen Dienst, in Ausstattung und Bezahlung, auf Sparflamme geleistet haben, werden jetzt Beschäftigte im Ruhestand und Rente reaktiviert, weil nicht für den Nachwuchs gesorgt wurde." Um zu bilanzieren: „Dies wird aber langfristig nur bedingt möglich sein. Und ein Zukunftskonzept kann dies auch nicht darstellen". Die Personalkostenreduzierung von 2.400 Stellen ist eine Vereinbarung der Koalition von CDU und SPD im Land, welche die Gewerkschaft GÖD im Spitzengespräch mit der Landesregierung zur Kenntnis nehmen musste. „In Bezug auf die Kommunen im Land mussten wir auch Personalreduzierungen zur Kenntnis nehmen", fügt der GÖD-Regionalgeschäftsführer Nico Caló hinzu. Angesichts der aktuellen Situation, jenseits der Betreuungs- und Überlieferungssituation der Flüchtlinge im Saarland, stellt die Gewerkschaft GÖD die Personalkostenreduzierung in Frage und sieht Gesprächsbedarf bei Landesregierung und Kommunen im Land, um die Arbeitsverdichtung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abzubauen. „Damit nicht das nächste Thema auf der Tagesordnung, Erwerbsunfähigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst lautet!", so Nico Caló abschließend.

Regionalverband Küste

Tarifeinigung für Sicherheitsdienstleistungen im Bundesland Niedersachsen erzielt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 03. November 2015 konnte sich der Wirtschafts- und Arbeitgeberverband „Bundesverband der Sicherheitswirtschaft" (BDSW) und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) auf einen Lohntarifvertrag einigen.
Ziel war es diesmal, eine deutliche Erhöhung im Lohnniveau im Objektschutzdienst / Separatwachdienst zu schaffen. Durch beidseitige, konstruktive und zielgerichtete Tarifarbeit ist dies gelungen!

Das Ergebnis kann sich sehen lassen:
Ab dem 01.01.2016 erfolgt eine Lohnsteigerung für den Bereich des Objektschutzdienst / Separatwachdienst nach § 2 II 1 des Tarifvertrages (dort sind die meisten Beschäftigten eingereiht)

um 5,88 %

Bei allen anderen Lohngruppen erfolgt eine Lohnsteigerung zwischen:

2,0 % und 3,4 %

Die Ausbildungsvergütungen steigen ab dem 01.01.2016 ebenfalls
auf **570,00 €** im 1. Ausbildungsjahr
auf **600,00 €** im 2. Ausbildungsjahr
und **680,00 €** im 3. Ausbildungsjahr
Die Erhöhung der „Zuschläge" sowie die „militärischen Anlagen" wurden nicht verhandelt. Hier ist jeweils ein bundesweiter Spartentarifvertrag geplant.

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen/Beitrittserklärung
Bundesverband · Pelkovenstraße 51, 80992 München · Tel.: (089) 53 25 50, Fax: (089) 53 65 29

Name, Vorname	Geburtstag	Straße/Hausnummer	PLZ/Wohnort
Tel. privat	e-Mail	Tel. dienstlich	
Dienststelle, Betrieb	ausgeübter Beruf		
Dienstanschrift	Krankenkasse		
Beitritt zur GÖD ab	Monatsbeitrag	Bisherige Gewerkschaft	von bis
Bankleitzahl /Bic	Kto. Nr. /IBAN	Geldinstitut	

Mit dem Einzug per Lastschrift / SEPA-Lastschrift von meinem Konto bin ich einverstanden. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Lastschrift wird mich der Zahlungsempfänger über den Einzug in dieser Verfahrensart informieren. Ich bin davon unterrichtet, dass die obigen Angaben zu meiner Person unter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes per EDV gespeichert werden.

Datum/Unterschrift | Name des Werbers:

Regionalverband Küste

Bezirksverband Hamburg gegründet

Durch den großen Mitgliederzuwachs in Hamburg und Umgebung und um damit eine optimale Mitgliederbetreuung zu gewährleisten, wurde am 13.10.2015 ein Bezirksverband gegründet.
Zur Vorsitzenden wurde **Andrea Martini** gewählt. Zu stellvertr. Vorsitzenden wurden **Thomas Pries** und **Hans G. Stevens** gewählt. Kassenwartin wurde **Martina Kojellis**. Schriftführer wurde **Wolfgang Sadau**. Zu Beisitzern wurden **Enrico Brandt**, **Christine Hinsch** und **Mario Baumann** gewählt. **Kassenprüfer** sind **Michael Krüger**, **Frank Priebsch** und **Sylvia Jensen**.
Der Vorstand des Regionalverbandes Küste wünscht den neu gewählten Vorstandsmitgliedern des BV Hamburg viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

6. von links Andrea Martini mit ihrem neuen Vorstand.

Regionalverband Küste

Diesjährige Ehrungen im Regionalverband Küste

Wie jedes Jahr wurden auch in diesem Jahr in den Bezirksverbänden des Regionalverbandes Küste im Oktober und November die Ehrungen langjähriger Gewerkschaftsmitglieder in feierlicher Form durchgeführt. Dazu trafen sich in unterschiedlichen Veranstaltungen die Bezirksverbandsvorstände, die zu ehrenden Mitarbeiter und deren Angehörige zu kleinen Feierstunden.

Im Bezirksverband Hamburg wurden geehrt:

Aufgrund der vielen neuen Gewerkschaftsmitglieder im Bereich Hamburg wurde im Oktober 2015 ein neuer Bezirksverband für Hamburg gegründet. Bei der Gründungsveranstaltung wurden folgende 5 Mitglieder für ihre langjährige Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt:

17-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Holger Lüthje

18jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Thomas Heesch

23-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Thomas Pries

30-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Hans-Jürgen Jensen

35-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Michael Krüger

So wurden u.a. im Bezirksverband Nord- sowie Westküste folgende Mitglieder geehrt:

***10**-jährige GÖD - Mitgliedschaft*
Torsten Blohm • Reinhard Lamèe
Klaus-H. Lindenau
Hans-Ewald Petersen
Meike Reichenberg • Olaf Schmidt

***15**-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft*
Doris Bannier

***25**-jährige GÖD - Mitgliedschaft*
Hans-H. Michelsen • Ingbert Schulz

***50**-jährige GÖD - Mitgliedschaft*
Klaus Hahn

Herr Klaus Hahn (2. v.l)

Besonders wurde Herr Klaus Hahn für seine 50-jährige GÖD-Mitgliedschaft durch den Vorsitzenden des Regionalverbandes Küste, Herr Sönke Jensen, für seine langjährige Treue geehrt. Herr Jensen betonte, dass die Gewerkschaft eine Solidargemeinschaft ist, in der man Kolleginnen und Kollegen mit Leistungen wie Rechtsschutz, Streikgeld, Versicherungen usw. nur helfen kann, wenn alle ihren Beitrag zahlen. Deshalb dankte er Klaus Hahn für seine langjährige Treue.

Im Bezirksverband Harz-Heide wurden folgende Mitglieder geehrt:

Martina Zehner (stellv. Vor.) , Rolf Glenewinkel,
Torsten Berg, Reinhard Dierßen (stellv. Vor.)

***10**-jährige GÖD - Mitgliedschaft*
Markus Lüttge • Torsten Kellas

***15**-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft*
Rolf Anders • Torsten Berg

***25**-jährige GÖD - Mitgliedschaft*
Astrid Krickemeyer

***30**-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft*
Rolf Glenewinkel

Martina Zehner (stellv. Vor.) , Rolf Glenewinkel, Torsten Berg, Reinhard Dierßen (stellv. Vor.)

Im Bezirksverband Mecklenburg-Vorpommern wurden folgende Mitglieder geehrt:

***15**-jährige Gewerkschafts-Mitgliedschaft*
Alexander Beutlich und Christine Reckert

***30**-jährige Gewerkschafts-Mitgliedschaft*
Kathi Müller

***42**-jährige Gewerkschafts-Mitgliedschaft*
Gerhard Bollett

Im Bezirksverband Mittel-Holstein wurden folgende Mitglieder geehrt

v.l.n.r.: Maik Busemann, Jörg Stadler, Kurt Blöhs, Joachim Timm, Gunther Pirsig, , Steffan Dierks, Wolfgang Gruber , Andreas Röpcke

15-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Maik Busemann
Steffan Dierks
Fred Voß

25-jährige GÖD - Mitgliedschaft
Hugo Fischer
Frank Sellmer

30-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Renate Gründemann • Wolfgang Gruber
Dirk Helmecke • Jörg Knebler
Uwe Majewsky • Karl H. Muus
Gunther Pirsig • Jörg Stadler

40-jährige GÖD - Mitgliedschaft
Kurt Blöhs

Nach kurzen Infoansprachen des Vorsitzenden des BV Mittel-Holstein, Joachim Timm und den beiden stellvertr. Regionalvorsitzenden zu den Aktivitäten des abgelaufenen und des neuen Jahres wurden die langjährigen GÖD Mitglieder geehrt. Danach wurde bei einem zünftigem Grünkohlessen (Holsteiner Art) so manches gekühltes Glas geleert. Danach fand ein reger Gedankenaustausch statt. Die Anwesenden waren der einhelligen Meinung: „ein gelungener Abend "!

Im September wurden folgende Mitglieder im neu gegründeten Bezirksverband Weser-Ems geehrt:

10-jährige GÖD - Mitgliedschaft
Hans-J.Lieber • Helmut Döttger • Iris Heyen

15-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Thekla Nannen

26-jährige Gewerkschafts - Mitgliedschaft
Michael Otten

Integration ist keine Einbahnstraße

Tag für Tag überschreiten Tausende Flüchtlinge die deutschen Grenzen. Wie viele es genau sind, weiß niemand. Selbst die Bundeskanzlerin hat inzwischen eingeräumt, dass in diesem Jahr Deutschland mindestens eine Millionen Flüchtlinge aufnehmen muss. Doch das ist leichter gesagt als getan.

Einig sind sich alle Parteien, dass Flüchtlinge, egal woher sie kommen, zu integrieren sind. Aber diese Formulierung führt in die Irre. Denn vielfach wird vernachlässigt, dass die Migranten hierfür ihrerseits eigene Anstrengungen unternehmen müssen. Integration ist keine Einbahnstraße. Das beginnt mit dem Bekenntnis zum Grundgesetz und seinen Werten und endet längst nicht mit der Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen.

Integration setzt eine anständige Unterbringung voraus und beinhaltet auch den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Aber wie ist es mit der Qualifikation der Mehrzahl der Flüchtlinge bestellt? Arbeitsministerin Andrea Nahles ist realistisch genug um festzustellen, dass eben nicht jeder syrische Flüchtling Arzt oder Ingenieur ist, wie die öffentlich-rechtlichen Medien suggerieren. Allenfalls bei zehn Prozent der Flüchtlinge sieht sie eine ausreichende Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt. Die Rechnung mancher Arbeitgeberverbände, sie könnten ihren Fachkräftemangel aus dem Flüchtlings-Reservoir befriedigen, wird daher nicht aufgehen. Für die aktive Förderung von Flüchtlingen veranschlagt die Arbeitsministerin für 2016 zwischen 600 Millionen und 1,1 Milliarden Euro. Allein für Deutschkurse werden im kommenden Jahr 180 Millionen Euro zusätzlich gebraucht.

Man muss nicht Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Dabei ist angesichts der deutschen Mentalität absehbar, dass arbeitslosen Flüchtlingen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird, als beispielsweise den deutschen Langzeitarbeitslosen. Von ihnen gibt es rund 1,1 Millionen, das sind rund 37 Prozent aller Arbeitslosen. Ihr Schicksal darf trotz der neuen Herausforderungen nicht in den Hintergrund treten.

Überhaupt darf die einheimische Bevölkerung nicht den Eindruck gewinnen, sie werde gegenüber den potentiellen Neubürgern benachteiligt. Wie groß eine solche Gefahr ist, zeigt sich in Hamburg am Beispiel des Wohnungsbaus. Dort hat der Senat den Bau von Sozialwohnungen für 28.000 Flüchtlinge beschlossen. Erst nach 15 Jahren sollen sie dann dem Wohnungsmarkt und damit der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Angesichts des ohnehin bestehenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum dürfte ein solches Programm Gräben eher vertiefen als zuschütten.

Matthäus Strebl,
MdB, CGB-Bundesvorsitzender

Der Bundesvorstand der GÖD wünscht allen Mitgliedern Partnern und Freunden frohe Weihnachten, erholsame Tage zwischen den Feiertagen, und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr 2016 !